



Katharina Fegebank und Klaus Wicher.



Klaus Wicher (li.) und Landesfrauensprecherin Susanne Langhagel (2. v. li.) mit Dr. Stephanie Rose (rote Jacke) und Referent*innen.

Klaus Wicher im Gespräch mit Politiker*innen

Kontakte zur Politik pflegen

Anfang Oktober war der Hamburger Landesvorsitzende Klaus Wicher zu Gast bei der Zweiten Bürgermeisterin Katharina Fegebank. Auch mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Dorothee Martin und Dr. Stephanie Rose von der Linken führte er Gespräche.

Für Klaus Wicher, Hamburgs SPD-Landesvorsitzender, ist der Draht zur Politik ganz entscheidend für seine Arbeit für den Verband: „In den Gesprächen mit Vertretern aus der Bürgerschaft, aber auch aus den Bezirken liefere ich oft Hintergrundinfos, spreche Missstände an und berichte von Erfahrungen, die wir in unserer Rechtsberatung machen. Vieles ist nicht alltagstauglich. Wie sich das für die Menschen auswirkt, darüber spreche ich mit den politischen Vertretern.“

Vor wenigen Tagen war der Hamburger Landeschef zu Gast bei der Zweiten Bürgermeisterin Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen). Er sprach mit ihr über die brennendsten sozialpolitischen Herausforderungen und warb um Unterstützung für die Special Olympics. Die Olympiade für Menschen mit geistiger Behinderung soll 2023 in Berlin ausgetragen werden.

Mobilität und Wohnen waren Thema eines Treffens, das Wicher mit der Bundestags-



Von links: Klaus Wicher, Referent Christian Fresenborg und Dorothee Martin.

abgeordneten Dorothee Martin hatte. Die SPD-Politikerin ist Nachfolgerin von Johannes Kahrs. Klaus Wicher legte ihr dar, welche Folgen der fehlende soziale Wohnungsbau für diejenigen in der Stadt hat, die nur wenig haben. Auch der Ausbau der Magistralen kam auf den Tisch. Dabei waren sich beide einig, dass dies umsichtig geplant werden muss.

Um die immer größer werdende soziale Spaltung in der Stadt ging es bei einem Aus-

tausch mit Dr. Stephanie Rose (Die Linke). Klaus Wicher schilderte der Bürgerschaftsabgeordneten die großen Schwierigkeiten, vor denen Menschen mit wenig Einkommen stehen, wenn sie eine neue Wohnung suchen. Besonders die immer mehr werdenden Älteren, die von Grundsicherung leben, seien tief verunsichert. Weiterhin warb er für den Aufbau von Quartierszentren, die alle Menschen im Stadtteil zusammenbringen könnten.



Ansichten

Liebe Mitglieder,

mehr denn je geht es jetzt um soziale Gerechtigkeit in unserer Stadt. Sinkende Einkommen, höhere Arbeits- und Langzeitarbeitslosigkeit und kleinere Töpfe in den öffentlichen Haushalten sagen eindeutig: Wir stehen vor einer zunehmenden sozialen Spaltung in der Stadt. Vor allem Menschen aus dem Mittelstand steigen in Zeiten von Corona immer öfter sozial ab, die Armut wird größer und verfestigt sich.

Die anstehenden Haushaltsberatungen in Senat und Bürgerschaft sind überschattet von der Corona-Pandemie mit ihren weitreichenden ökonomischen Folgen. Ein Aussetzen der Schuldenbremse könnte die Lasten jetzt gerechter verteilen. Sie wäre ebenso erforderlich wie eine Umverteilung der Lasten auf die Gewinner der Pandemie und diejenigen mit starken Schultern. Zuerst müssen wir den Menschen helfen, die in der Armutsfalle sitzen.

Der Weg ist vorgezeichnet: Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung müssen ab sofort vor der Entwicklung von Prestigeprojekten stehen. Es darf kein weiteres Milliardengrab durch einen neuen Elbtower entstehen, kein Schließen von Sozialeinrichtungen und keine Kürzungen bei Sozialgerichten und Sozialausgaben geben. Der SoVD Hamburg wird sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass Sparmaßnahmen nicht schon wieder zu Lasten der Benachteiligten gehen. Wir müssen den Schulterchluss wagen und dagegenhalten. Unterstützen sie uns deshalb jetzt! Werden Sie Mitglied in Hamburgs größtem und leistungsfähigstem Sozialverband!



Klaus Wicher

Ihr Klaus Wicher, 1. Landesvorsitzender

Personalnot in den Hamburger Behörden

Warten auf den Bescheid

Weil die Personalnot in den Hamburger Ämtern so groß ist, warten Betroffene teils monatelang auf die Bewilligung ihrer Anträge. Besonders hart trifft das Menschen mit Behinderung und Empfänger*innen von Grundsicherung.

Die Hamburger Verwaltung ächzt unter einem massiven Personalmangel. Teils monatelang müssen Antragsteller*innen beispielsweise auf die Bewilligung ihrer Grundsicherung warten. Auch Menschen mit Behinderung können Leistungen wie Assistenzleistungen oder Beförderungskosten nicht in Anspruch nehmen oder bezahlen, weil die Bescheide ausstehen. Hinzu kommt, dass in den Behörden eine neue Software eingeführt wurde, die nicht effektiv arbeitet und die jeden Tag die Mitarbeiter*innen zur Verzweiflung treibt: „Weil das System nicht funktioniert, bekommen Zuwendungsempfänger von einem Tag zum anderen kein Geld mehr. Das ist nicht akzeptabel“, kritisiert SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher. Derzeit lägen bei einzelnen Kolleg*innen bis zu 400 Fälle auf dem Tisch.

Die Betroffenen würden zu Bittstellern und Menschen zweiter Klasse: „Wenn man sich nichts mehr leisten kann, weil der Bescheid nicht kommt, dann ist das nicht nur bitter, sondern auch erniedrigend.“ Wicher warnt: „Die Heime müssen in Vorleistung gehen. Das kann sich jede Einrichtung nur bis zu einem gewissen Grad leisten. Andernfalls droht im schlimmsten Fall die Kündigung des Heimplatzes!“ Laut Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (BPA) liegen die Außenstände bei den Hamburger Pflegeeinrichtungen derzeit bereits bei mehreren hunderttausend Euro.

Klaus Wicher empfiehlt den Betroffenen, bei den Ämtern vorzusprechen und ihr Anliegen direkt vor Ort vorzutragen.



Aktuelle Urteile

Reiserecht: Zusatzkosten dürfen nicht versteckt sein

Online-Vermittler von Flugreisen müssen auf ihrer Internetseite die Zusatzkosten für die Aufgabe von Gepäckstücken angeben. Die Anbieter dürfen es nicht dabei belassen, lediglich darauf hinzuweisen, dass der (Flug-)Preis kein Freigepäck

enthält. Die Verbraucher*innen müssen erkennen können, wie hoch der Aufpreis für das Gepäck ist. Können sie das nicht, so liegt ein Verstoß gegen die Luftverkehrsdienste-Verordnung der Europäischen Union vor, die vorschreibt, dass bereits zu Buchungsbeginn auch die Kosten für wählbare Zusatz-

leistungen anzugeben sind. Gerade bei niedrigen Flugpreisen fallen die Kosten für das Gepäck erheblich ins Gewicht. Auch darf der zu Buchungsbeginn genannte Preis sich nicht um eine Servicegebühr erhöhen, wenn Kund*innen mit einer gängigen Kreditkarte bezahlen (OLG Dresden, 14 U 1885/19). wb

Erfolgreiche Arbeit trotz Pandemie

Trotz Pandemie und Lockdown: Auch in diesem Jahr kann der SoVD Hamburg auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken. „Wir sind stolz darauf, dass wir trotz aller Widrigkeiten unsere Leistungen verbessern konnten“, berichtet Klaus Wicher. Mit inzwischen mehr als 23.000 Mitgliedern ist der SoVD in Hamburg eine starke, solidarische Gemeinschaft. Wir verfügen in der Stadt über ein breites Netz an Anlaufstellen, in denen sieben fachlich bestens aufgestellte Volljurist*innen an fünf Tagen in der Woche beraten. Infos siehe Rubrik unten.

Sozialrechtsberatung



Wellnhofer Designs / Adobe Stock

Der SoVD Hamburg hilft seinen Mitgliedern bei Fragen und Problemen rund um alle Sozialleistungen. Wir informieren Sie darüber, was Ihnen zusteht, unterstützen bei Anträgen, prüfen Bescheide und kämpfen in Widerspruchs- oder Klageverfahren für Ihr gutes Recht. So erreichen Sie uns: Tel.: 040/6 11 60 70, Fax: 040/61 16 07 50, E-Mail: info@sov-d-hh.de.

Hier sprechen wir persönlich mit Ihnen, ohne Terminvergabe:

- **Landesgeschäftsstelle**, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg. Montags bis mittwochs 9–16 Uhr, donnerstags 9–18 Uhr, freitags 10–14 Uhr.
- **Lurup**, Luruper Hauptstraße 149, 22547 Hamburg, Tel.: 040/43 19 35 00. Dienstags bis donnerstags, 10–12 Uhr.
- **Farmsen**, Marie-Bautz-Weg 11 (im Berufsförderungswerk Farmsen, Haus W, Raum 034, EG), 22159 Hamburg, Tel.: 040/42 90 61 34. Montags, 10–12 Uhr.
- **Harburg**, Winsener Straße 13, 21077 Hamburg, Tel.: 040/77 59 57. Mittwochs 10–13 Uhr, .
- **Altona**, Gefionstraße 3, Bürgertreff Altona-Nord (BiB), jeden 3. Montag im Monat, 14–16 Uhr.
- **Langenhorn**, Tangstedter Landstraße 41, Bürgerhaus, jeden 1. Donnerstag im Monat, 16–18 Uhr.
- **Lokstedt**, Julius-Vosseler-Straße 193, Bürgerhaus Lenzsiedlung, jeden 2. Dienstag im Monat, 16-18 Uhr.



Besuchen Sie uns auch im Internet
www.sovd-hh.de

Corona bremst Ehrung der Jubilar*innen aus

Solange die Corona-Pandemie uns so stark einschränkt wie in der Vergangenheit, können wir Ihnen in den Ortsverbänden und Seniorentreffs keine Angebote machen. Wir möchten Sie damit schützen, damit Sie sich bei uns nicht mit dem Virus anstecken. Laut Beschluss des Landesvorstandes müssen deshalb alle Aktivitäten in diesem Jahr ruhen.

Die ist besonders schade für unsere Jubilar*innen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir Ihre langjährige Mitgliedschaft sowie ehrenamtliche Tätigkeiten für den Verband zurzeit nicht angemessen würdigen können. Dies werden wir persönlich nachholen, sobald wir wieder gefahrlos zusammenkommen können. Wir freuen uns auf das nächste Jahr, in dem hoffentlich wieder Normalität einkehrt. Bleiben Sie uns gewogen – und bleiben Sie bitte gesund.

Nachruf

Der SoVD Hamburg trauert um seine ehemalige 1. Vorsitzende

Inge Jefimov.

1987 trat sie dem SoVD bei und engagierte sich von Anfang an im Verband. 2004 übernahm sie als 1. Vorsitzende die Leitung des SoVD Hamburg und setzte sich in ihrem Amt bis zu ihrem Ausscheiden 2011 vor allem für Barrierefreiheit und die Verbesserung der Rechte von Menschen mit Behinderung ein.



Inge Jefimov

Die Mutter zweier Töchter war zeitweise in 19 Gremien ehrenamtlich aktiv. Unter anderem engagierte sie sich im Behindertenfo-

rum im Europäischen Parlament. Auf Landesebene war Inge Jefimov Mitglied der Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft und in der Stiftung für Reha und Integration. Für ihr unermüdliches Engagement wurde sie 2008 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Im September 2020 verstarb sie mit 81 Jahren.

Inge Jefimov hat sich um den Landesverband besonders verdient gemacht. Wir werden ihr ein ehrenvolles Andenken bewahren.



Wir haben geholfen

Grundsicherung durchgesetzt

Was es ausmacht, wenn man eine starke Gemeinschaft hinter sich hat, zeigt der Fall von Dagmar G., die beim SoVD Rat suchte. Ihr konnte der SoVD Deutschland mit seiner Sozialrechtberatung nicht nur dabei helfen, ihren Antrag auf Grundsicherung durchzusetzen, sondern auch dabei, den anschließend bewilligten fehlerhaften Bescheid zu korrigieren.

Dagmar G. hatte, weil ihre Rente zu klein war, beim Amt Grundsicherung beantragt. Die dazu nötigen Unterlagen hatte die 72-Jährige, wie gefordert, eingereicht. Doch die Behörden sind verschlungen und die Unterlagen kamen nicht dort an, wo sie sollten. Also brachte Frau G. ihre Unterlagen ein weiteres Mal beim Amt vorbei. Als sie einige Zeit später bei der zuständigen Sachbearbeiterin nachfragte, wurde sie unfreundlich darauf hingewiesen, dass die Unterlagen nicht vorlägen und der Antrag der Seniorin abgelehnt werden müsse.

Frau G. wandte sich daraufhin an den SoVD. Eine kluge

Entscheidung, denn eine unserer Fachjuristinnen konnte erreichen, dass der Antrag innerhalb kürzester Zeit bearbeitet und bewilligt wurde.

Als der Bescheid im Briefkasten lag, ließ ihn die Seniorin von der SoVD-Sozialrechtsberatungsstelle noch einmal prüfen. Und siehe da, die Behörde hatte sich vertan: Die Miete war nicht in der tatsächlichen Höhe berechnet worden, da die Angemessenheitsgrenze nicht auf dem aktuellen Stand war.

Zudem war Frau G. nicht darauf hingewiesen worden, dass sie als Grundsicherungsempfängerin von der Rundfunkgebührenpflicht befreit ist.

Dementsprechend bekam sie auch keine Bescheinigung zur Vorlage beim Beitragsservice.

Der SoVD erhob daraufhin Widerspruch. Mit Erfolg, denn innerhalb von zwei Tagen korrigierte das Amt den Bescheid. Frau G. hat jetzt jeden Monat über 30 Euro mehr zur Verfügung. Für die alte Dame hat sich die Mitgliedschaft im SoVD damit allemal gelohnt.

Tipp des SoVD: Schicken Sie Unterlagen, die ein Amt anfordert, nicht einfach per Post, sondern versenden Sie Ihre Nachweise lieber per Einschreiben. Wenn Sie Ihre Belege persönlich im Amt abgeben, lassen Sie sich den Erhalt immer quittieren!

Forderungen des SoVD an die Hamburger Parteien zur Sozialpolitik

Sozialpolitik im Mittelpunkt

In Hamburg haben die Gespräche für den neuen Doppelhaushalt 2021 / 22 begonnen. Voraussichtlich Anfang kommenden Jahres wird final über den Etat der Hansestadt entschieden. SoVD-Landesvorsitzender Klaus Wicher trifft sich aktuell zu Gesprächen mit den Fraktionen der Bürgerschaft, außer der AfD, um für sozialpolitische Themen zu werben.

Der SoVD Hamburg fordert für die Haushaltsberatungen von den Parteien:

- alle zwei Jahre einen Armuts- und Reichtumsbericht,
- mehr Beteiligung der Zivilgesellschaft an den politischen Entscheidungen,
- den Aufbau von Zentren für Senior*innen nach dem Vorbild München,
- einen Aufschlag auf die

Grundsicherung im Alter aus Hamburger Mitteln,

- mindestens 5.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr,
- einen eigenen sozialen Arbeitsmarkt für mindestens 3.000 Langzeitarbeitslose,
- die kostenlose Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für bedürftige Menschen,
- mehr Personal und technische Unterstützung für die

Eingliederungshilfe und die Grundsicherungsämter,

- eine kostenfreie, achtstündige Kitabetreuung für jeden Tag,
- benachteiligte Kinder und Jugendliche in Kita und Schule finanziell und schulpädagogisch besser zu unterstützen,
- die Gesundheitsämter stärker zu fördern und für die Zukunft aufzustellen.